

## DOGMATISMUS - UNSER WIRTSCHAFTSPOLITISCHES SCHICKSAL?\*)

4. Wichtiger scheint uns der Hinweis zu sein, daß es nicht angängig ist, den wirtschaftspolitischen Erfolg ausschließlich von den Produktionszahlen ablesen zu wollen. Jedenfalls ist das nicht in einer „sozialen Marktwirtschaft“ möglich, die schon durch ihren Namen kenntlich macht, daß ihre wirtschaftspolitische Zielsetzung eine starke soziale Komponente enthält. Sieht man in diesem Namen keinen propagandistischen Trick, sondern nimmt man ihn in seinem Aussagegehalt ernst, so darf man wohl davon ausgehen, daß eine „soziale Marktwirtschaft“ das Ziel anstrebt, ihre Produktionspolitik mit einer sozialen Einkommenspolitik zu kombinieren. (Das heißt: zur Maximierung des Sozialproduktes muß seine gerechte Verteilung hinzukommen.) Soziale Gerechtigkeit (in dem zu unserer Zeit noch gültigen Sinne) verlangt nicht nur eine Einkommensverteilung nach dem Leistungsbeitrag des einzelnen (der sich allerdings in einer arbeitsteiligen Wirtschaft niemals völlig eindeutig bestimmen läßt), sondern schließt vor allem eine Existenzsicherung der gesamten Bevölkerung ein.

Nun wird aber niemand mit gutem Gewissen behaupten können, daß im heutigen Westdeutschland das Existenzminimum aller ausreichend gesichert sei. Gewiß ist zuzugeben, daß man nach einem verlorenen Krieg hier vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe steht. Andererseits wird man aber auch nicht leugnen können, daß in Anbetracht dieser sozialen Zielsetzung der Luxuskonsum in Westdeutschland noch unverantwortlich hoch ist. Auch die Auffassung, daß die über die Existenzsicherung hinausgehende Einkommensverteilung leistungsbedingt sei, kann nicht ernstlich vertreten werden, es sei denn, man wäre tatsächlich der Ansicht, daß die heutigen zum Teil nicht ausgewiesenen Unternehmungsgewinne das Ergebnis unternehmerischer Leistung und daß alle Ausgaben für den Leistungsapparat der Unternehmungen echte produktive und nicht verkappte konsumtive Ausgaben seien.

Man kann das soziale Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik nur richtig erfassen, wenn man die recht erheblichen Einkommens- und Vermögensumschichtungen, die durch die Laissez-faire-Haltung unseres Staates möglich wurden, in die Betrachtung einbezieht. Nach dem Zusammenbruch schien es zunächst so, als sei der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden durch die Kriegsfolgen wenn nicht verschwunden, so doch wesentlich gemildert. Inzwischen hat sich der alte Gegensatz wieder in voller Schärfe herausgebildet. Man kann die Kapitalbildung der letzten Jahre, die mit dieser Einkommens- und Vermögensschichtung verbunden war, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus begrüßen. Doch hat die Form, in der sie erfolgte, eine sozial höchst bedenkliche Kehrseite, die von einem Lastenausgleich nach dem Vermögensstande am Stichtage der Währungsreform überhaupt nicht berührt wird.

Diese Kapitalbildung war nur denjenigen möglich, die — noch oder wieder im Besitz einer Handels- oder Produktionsstätte — in der Lage waren, so hohe Einkünfte zu erzielen, daß sie ihre Kriegsschäden auf Kosten der Konsumentenmassen ausgleichen konnten, während alle Flüchtlinge, die nicht wieder in Handel und Produktion Fuß fassen konnten, und alle Lohn-, Gehalts- und Renten-

\*) Der erste Teil dieses Aufsatzes erschien ins vorhergehenden Heft dieser Zeitschrift.

empfänger mit steigenden Preisen ihre Kaufkraft schwinden sahen. Es ist eine völlige Verkehrung der Tatsachen, wenn heute von den Nutznießern unserer Wirtschaftsordnung so getan wird, als sei die Kapitalbildung der letzten Jahre eine höchstpersönliche Leistung der Unternehmerschaft gewesen. In Wirklichkeit beruhte sie auf einem Opfer der Konsumenten. Selbstverständlich ist jede Kapitalbildung an einen Konsumverzicht geknüpft, aber es hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, wenn die einen im Kapitalbildungsprozeß die Opfer bringen und die anderen ihren Besitz abrunden.

5. Die Kapitalbildung, die auf dem Wege der Selbstfinanzierung erfolgte, hatte bekanntlich eine auch wirtschaftlich höchst fragwürdige Kehrseite. Sie führte zu Kapitalfehlleitungen, die in Anbetracht des akuten Kapitalmangels in Westdeutschland besonders bedenklich stimmen müssen. Diese Fehlleitungen waren nicht nur eine Folge des durch die Besatzungsmächte diktierten Steuersystems, sie sind auch auf unsere Wirtschaftspolitik und die ihr zugrunde liegende liberal-dogmatische Konzeption zurückzuführen.

Die starke Konsumneigung nach dem Kriege begünstigte die Selbstfinanzierung in der Konsumgüterindustrie und im Handel, während die Produktionsmittelindustrie demgegenüber zurückblieb. Daraus ergaben sich neue Disproportionalitäten in der Wirtschaft, zum mindesten wurde die Beseitigung bestehender Engpässe behindert. Die marktmechanische Einspielung eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes wurde außerdem dadurch gehemmt, daß in wichtigen Wirtschaftszweigen eine Freilassung der Preise nicht möglich erschien. Hier war also der Weg der Selbstfinanzierung verbaut, ohne daß dieser Mangel durch direkte Investitionslenkung zureichend ausgeglichen wurde,

6. Es ist nicht angängig, diese und andere Mißerfolge der Wirtschaftspolitik dem nicht marktgerechten Verhalten der Menschen zur Last zu legen oder die Tatsache dafür verantwortlich zu machen, daß wirtschaftliche Teilbereiche von der marktmechanischen Lenkung ausgeschlossen bleiben mußten. Auch dies sind Daten oder Bestandteile einer Wirtschaftspolitik, die in das wirtschaftspolitische Gesamtkalkül einbezogen werden müssen.

An dieser Stelle tritt der schwache Punkt der neoliberalen Konzeption deutlich hervor. Marktmechanische Lenkung und marktkonforme Wirtschaftspolitik können nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu sozial und wirtschaftlich befriedigenden Ergebnissen führen. Deshalb muß mit Recht erstes Anliegen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik die Schaffung solcher Voraussetzungen sein. Man kann aber unmöglich, bereits ehe diese Voraussetzungen geschaffen worden sind, eine nicht-konforme Wirtschaftspolitik für schlechthin ausreichend ansehen. Tut man es doch, so läuft man Gefahr, sich plötzlich vor Aufgaben gestellt zu finden, mit denen man nicht fertig zu werden vermag. Da überdies immer die Möglichkeit besteht, daß exogene Faktoren auftreten, die eine ungünstige Datenkonstellation bewirken, steht zu befürchten, daß es niemals möglich sein wird, sich ein für allemal auf marktmechanische Lenkung und marktkonforme Wirtschaftspolitik festzulegen.

Was nun die Schaffung jener Voraussetzungen betrifft, so muß konstatiert werden, daß unsere Wirtschaftspolitik über allererste Anfänge nicht hinauszugelangen vermochte, einmal weil sich ein Teil jener Voraussetzungen (wie etwa im Außenhandel) ihrer Einflußnahme entzog, zum anderen weil (wie bei der Antimonopolgesetzgebung) die innenpolitischen Hemmungen zu groß waren. Das hinderte aber nicht daran, am neoliberalen Dogma als wirtschaftspolitischer Richtschnur festzuhalten.

7. Auf diesem Wege konnte es unseren wirtschaftspolitischen Instanzen unmöglich gelingen, die Wirtschaft in den Griff zu bekommen und auch jene Mängel zu beseitigen, die seit Karl Marx der kapitalistischen Marktwirtschaft immer wieder vorgeworfen worden sind: konjunkturelle Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Klassenkampf.

Im Rahmen einer marktkonformen Wirtschaftspolitik dominiert neben der Steuerpolitik die Geld- und Kreditpolitik. Ihre undifferenzierte Wirkungsweise macht sie zu einem zweiseitigen Instrument, dessen Anwendung häufig mit unerwünschten Begleiterscheinungen verbunden ist. So gelang es der Deflationspolitik von 1949 zwar die Preise zu senken, gleichzeitig vergrößerte sie aber die konjunkturelle Arbeitslosigkeit und hemmte auch die Beseitigung der strukturellen.

Diese deflatorischen Maßnahmen kamen nicht von ungefähr. Sie standen in engem Zusammenhang mit dem liberal-dogmatischen Kurs unserer Wirtschaftspolitik. Wer sich nämlich auf marktkonforme Mittel festlegt, dem erscheint jede inflatorische Politik in besonders fragwürdigem Lichte, weil sie möglicherweise Folgen zeitigt, die sich mit marktkonformen Mitteln nicht abfangen lassen. Da es schwierig ist, einen genauen geldpolitischen Kurs zwischen deflatorischer und inflatorischer Wirkung zu steuern, tut man im Zweifel lieber etwas zu viel in deflatorischer Richtung. So ergibt sich aus der liberal-dogmatischen Konzeption eine offensichtliche Neigung zu deflatorischen Maßnahmen, die eine erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik ausschließen.

8. Mit der Ausschaltung des Klassenkampfes um die Einkommensverteilung ist es genau so schlecht bestellt. Auch dies geht aus den Erfahrungen der letzten Jahre deutlich hervor. Die Verhältnisse nach der Währungsreform begünstigten einseitig die Unternehmerschaft, die auch weidlich ihre Marktchancen ausnutzte. Man kann es den Gewerkschaften nicht verdenken, daß sie, nachdem sie jahrelang geduldig gewartet hatten, schließlich ihre Macht einsetzten, um auch der Arbeitnehmerschaft einen größeren Anteil am Nationaleinkommen zu sichern. Der Korea-Boom schien einen günstigen Zeitpunkt zu bieten. Es kam in manchen Wirtschaftszweigen zu erfolgreichen Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Arbeitgeberschaft. Die Unternehmer zeigten sich dem gewerkschaftlichen Ansinnen um so geneigter, je sicherer sie damit rechnen konnten, die Steigerung der Lohnkosten auf den Konsumenten abzuwälzen. Darin liegt aber nicht der Sinn einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten Lohnerhöhung. Eine solche Lohnerhöhung ist nur dort statthaft, wo sie den Unternehmer zu bisher unterlassenen Rationalisierungen zwingt oder auf Kosten seiner überhöhten Gewinnquote geht, es sei denn, es handelt sich um eine Berufsgruppe, deren Lohn unverhältnismäßig niedrig liegt. Dann kann eine Lohnerhöhung aus sozialen oder arbeitsmarktlichen Gründen auch auf Kosten der Konsumenten notwendig werden. Sonst dürfte es sinnvoller sein, eine Realloohnerhöhung durch Senkung der Konsumgüterpreise zu erzielen. Diese Überlegung hatte die Gewerkschaften lange Zeit veranlaßt, sich mit lohnpolitischen Forderungen zurückzuhalten. Erst das Ausbleiben ausreichender Preissenkungen bzw. die Gefahr neuer Preiserhöhungen ließ sie aktiv werden.

Die besonderen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bieten keinerlei Gewähr, daß sich hier so etwas wie ein volkswirtschaftlich richtiger Lohn marktmechanisch

einspielt.<sup>7)</sup> Wie der Machtkampf der Marktpartner ausgeht, ist weitgehend dem Zufall überlassen; ein sozial und wirtschaftlich annähernd zufriedenstellendes Ergebnis ist völlig unsicher. Deshalb können Lohnverhandlungen niemals des dritten Partners, des Staates, entbehren, der das Ergebnis auf seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung hin überprüfen muß. Eine solche Funktion kann eine staatliche Instanz jedoch nur erfüllen, wenn sie über ausreichende Datenkenntnis verfügt, wenn sie einen Überblick z. B. über Kapazitätsausnutzung, Kostenstruktur und Rentabilitätslage besitzt und genau übersehen kann, wie sich Lohnerhöhungen bei gegebener Lage auswirken müssen. Die Anforderung solcher Daten würde heute bereits als Eingriff in die Unternehmerfreiheit abgelehnt werden. Dann bleibt allerdings nichts anderes übrig, als die Frage der Einkommensverteilung dem Zufall des Machtkampfes zu überlassen.

9. Unsere Darlegungen haben gezeigt, daß die „soziale Marktwirtschaft“ mit ihren Ordnungsmitteln, marktmechanischer Lenkung und marktkonformer Wirtschaftspolitik, keineswegs ihren Zielen gerecht werden könnte, sofern wir zu diesen Zielen nicht nur Produktionssteigerung, sondern auch soziale Einkommensverteilung, Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Verhinderung von klassenkämpferischem Unfrieden rechnen. Aber dies ist eine Annahme, die wir vielleicht ungerechtfertigterweise aus dem Namen „soziale Marktwirtschaft“ abgeleitet haben. Das scheint um so wahrscheinlicher, wenn wir uns erinnern, daß *ein Ziel* der „sozialen Marktwirtschaft“ noch nicht genannt worden ist, nämlich die Sicherung der individuellen Freiheit, und daß diese Freiheit, für die Wirtschaft hauptsächlich als Unternehmer- und Konsumfreiheit verstanden, obendrein von neoliberaler Seite im rein formalen Sinne<sup>8)</sup> ausgelegt zu werden pflegt. Wird unter wirtschaftlicher Freiheit nichts anderes verstanden als Freiheit vom Zwange einer staatlichen Instanz, und wird sie zum obersten Ziel erhoben, dann wird die dogmatische Festlegung auf bestimmte Ordnungsmittel verständlich, dann wird aber auch deutlich, daß die Verwirklichung der sozialen Ziele dabei ins Hintertreffen geraten muß. — Damit bestünde dann der Name „soziale Marktwirtschaft“ zu Unrecht und verdiente den Vorwurf der Irreführung,

In der Diskussion um die Methoden unserer Wirtschaftspolitik ist gelegentlich behauptet worden, in den Zielen sei man sich einig, nur über die Mittel wichen die Meinungen voneinander ab. Uns will scheinen, daß dies keineswegs so ist, sondern daß ein guter Teil der Meinungsverschiedenheiten von den unterschiedlichen Zielsetzungen herrührt, von denen man meist stillschweigend (und häufig wohl auch unbewußt) in der Diskussion ausgeht. Leider ist die Zielsetzung unserer Wirtschaftspolitik niemals klar herausgestellt worden. Hätte man es getan, so wäre die Diskussion um die wirtschaftspolitischen Methoden ergiebiger gewesen; denn über die Zweckmäßigkeit der Mittel kann man erst urteilen, wenn wenigstens eine ungefähre Rangskala der Zwecke vorliegt, von der man ausgehen kann.

Trotz der Überbetonung jener formalen Freiheit, durch die man auch in den Mitteln weitgehend festgelegt ist, konnte man bisher den Anschein ihrer Vereinbarkeit mit den sozialen Zielen halbwegs aufrechterhalten. Einmal hatte die Währungsreform zu einer Verbesserung auch der sozialen Verhältnisse geführt,

7) Streng genommen gehört zum neoliberalen Bilde deshalb auch die Auflösung der Gewerkschaften, wobei dann immer noch offen bleibt, wie das Oligopol der Arbeitgeberschaft auf dem Arbeitsmarkt in eine echte Konkurrenz umgewandelt werden soll. Außerdem ist die Arbeitsleistung schließlich keine Ware. Man kann aus sozialen Gründen die Lohnbildung nicht einem Mechanismus überlassen. Deshalb sind auch nur einige Neuliberale bereit, in dieser Hinsicht die aus ihrer Konzeption sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

8) Die formale Deutung der Konsumfreiheit berücksichtigt nicht, daß die materielle Konsumfreiheit des Einzelnen nicht nur davon abhängt, ob er seine Kaufkraft völlig nach eigenem Gutdünken verwenden kann, sondern auch von dem Umfang der Kaufkraft selbst bestimmt wird.

die weitgehend unserer Wirtschaftspolitik gutgeschrieben wurden; zum anderen war zu hoffen, daß mit der Ausdehnung der Produktion weitere soziale Fortschritte zu erwarten seien. So mochte man annehmen, daß sich mit den Mitteln der „sozialen Marktwirtschaft“ langfristig auch die sozialen Zielsetzungen verwirklichen ließen. Diese Annahme muß aber in dem Augenblick fragwürdig werden, wenn aus exogenen Ursachen neue Verknappungserscheinungen auftreten — und gerade das steht für die nächste Zukunft zu befürchten. Dann muß nämlich für jeden deutlich werden, wieweit man jene formale Freiheit über die sozialen Auch-Zielsetzungen stellt, bzw. mit welchen sozialen Opfern jene Freiheit erkaufte werden muß. Es ist kaum zu erwarten, daß die Mehrheit der Bevölkerung dann noch mit der bisher stillschweigend gültigen Rangskala der Ziele, in der die Unternehmer- und Konsumfreiheit mit Abstand an erster Stelle rangierten, einverstanden sein wird. Sobald man aber mit der Verwirklichung der sozialen Ziele ernst machen muß, wird sich herausstellen, daß in der gegebenen Situation die bisherigen Lenkungsmittel nicht ausreichen.

#### IV. Voraussetzungen einer sozialen Wirtschaftslenkung

1. Selbstverständlich beruhen Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit marktkonformer oder nicht-marktkonformer Mittel nicht ausschließlich auf Unterschieden in den Zwecksetzungen. Sie können auch ihre Ursache in einer unterschiedlichen Beurteilung der Anwendbarkeit jener Mittel haben. Wir wiesen schon darauf hin, daß in den Wirren der Zusammenbruchswirtschaft die direkten Lenkungsmittel stumpf geworden waren, weshalb es zweifelhaft erscheinen mochte, ob mit ihnen noch viel auszurichten war. (Vgl. III, 1.) So kann es Situationen geben, in denen gewisse wirtschaftspolitische Aufgaben einfach deshalb nicht bewältigt werden können, weil die in dem gegebenen Fall allein wirkungsvollen Mittel nicht anwendbar sind. Wenn es gilt, wirtschaftliche Engpässe rasch zu beseitigen, wird das u. U. nur durch direkte staatliche Kapitallenkung möglich sein. Wenn es darum geht, die gesamte Bevölkerung an knapp gewordenen existenzwichtigen Gütern teilnehmen zu lassen, dann wird das nur durch Warenrationierung durchzuführen sein. Damit direkte Eingriffe in die Wirtschaft jedoch den gewünschten Erfolg haben, sind bestimmte Voraussetzungen erforderlich: wie wir bereits anführten, vor allem ein fachlich geschulter bürokratischer Apparat, ausreichende Datenkenntnisse und die Bereitschaft der Bevölkerung, die Eingriffe des Staates als notwendig anzuerkennen und die wirtschaftlichen Ge- und Verbote zu befolgen.

Da gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß es in unserer Zeit immer wieder Situationen geben wird, die nur durch direkte Lenkungsmaßnahmen zu meistern sind, sollte jeder verantwortungsbewußte Politiker, ganz gleich, ob er ein Freund solcher Maßnahmen ist oder nicht, es als seine Pflicht ansehen, jene Voraussetzungen für einen Eventualfall zu schaffen. Daß in den letzten Jahren in dieser Hinsicht nicht nur nichts geschehen ist, sondern daß man sich sogar bemüht hat, durch eine entsprechende Propaganda das Verständnis für solche Notwendigkeiten zu mindern, ist der schwerste Vorwurf, der gegen die für unsere Wirtschaftspolitik und unsere wirtschaftspolitische Aufklärung verantwortlichen Kreise zu erheben ist.

2. Die Kritik, die in unserer Zeit an der Bürokratie und der Verbürokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens geübt wird, hat ihre Berechtigung. Ein großer Teil der Kritikübenden scheint aber zu verkennen, daß die Bürokratie bis zu einem gewissen Grade eine unvermeidliche Begleiterscheinung unseres organisierten Massendaseins und unseres wachsenden Sicherheitsbedürfnisses ist. Je

mehr Sicherung gegen Zufälle, desto mehr Organisation; je mehr Organisation, desto mehr Bürokratie. Der Kampf gegen die Bürokratie wird heute meist in falscher Richtung geführt. Eine Kritik ist sinnlos, solange man sich nicht darum bemüht, das Funktionieren der Bürokratie zu verbessern.

Im Rahmen unserer Wirtschaftspolitik lag der Fehler weniger in einer zu starken Reduzierung des Behördenapparates (es ist erstaunlich, wie groß die Wirtschaftsämter nach Abschaffung der Bewirtschaftung noch blieben) als in einem mangelnden Bemühen, tüchtige, fachlich ausreichend geschulte Kräfte heranzuziehen. Es ist uns klar, daß damit ein vielschichtiger Fragenkomplex angeschnitten wird, der u. a. die Fragen des Beamtenrechts, des auch in den Wirtschaftsämtern noch vorherrschenden Juristenmonopols und der Höhe der Beamtengehälter umgreift, und daß hier Hemmnisse liegen, die nicht leicht und rasch zu überwinden sind. Doch besteht überhaupt keine Hoffnung auf ihre Überwindung, solange die Bedeutung und Dringlichkeit dieser Probleme in ihrem ganzen Ausmaß nicht erkannt sind. Eine solche Erkenntnis ist denen versagt, die sich einzureden suchen, daß eine marktmechanische Lenkung der Wirtschaft weitgehend ausreicht und als Ergänzung *auf alle Fälle* eine Wirtschaftspolitik genügt, die, gestützt auf nur sehr ungefähre Datenkenntnis, mit marktkonformen Mitteln einiges zu korrigieren sucht,<sup>8)</sup> Wer dies glaubt, dem mag es unwichtig erscheinen, einen hochqualifizierten Beamtenapparat aufzubauen.

Nicht nur der Apparat, auch die Gesetze, die seine Befugnisse regeln, müssen da sein, ehe man sie braucht. Denn die wirtschaftlichen Situationen ändern sich rasch, und mit den Maßnahmen, die zu ihrer Bewältigung erforderlich sind, kann nicht gewartet werden, bis die Gesetzesmaschine Versäumtes nachholt. Auch in einem demokratischen Staat muß die Regierung ausreichende Vollmachten besitzen, um mit jeder möglichen Situation fertig zu werden. Gerade in der Wirtschaft ist eine rasche Reaktionsfähigkeit wichtig, da sonst mancher ausgleichende Eingriff zu spät kommen müßte.

3. Eine wirtschaftspolitische Instanz, die über dem Gemeinwohl wachen soll, braucht genaue Wirtschaftsdaten nicht erst, wenn direkte Eingriffe nötig werden, sondern schon vorher, damit sie überhaupt erkennen kann, wann, wo und wie eingegriffen werden muß. Dies erscheint zunächst als Selbstverständlichkeit. Wer aber die persönliche Freiheit, insbesondere die Unternehmerfreiheit, zu oberst in seine Rangskala der Zwecke einträgt, wird protestieren, wenn ihm klar wird, daß manche Daten nicht ohne Einschränkung der Freiheit zu erhalten sind. Nicht so sehr deshalb, weil Fragebogen immer als lästig empfunden werden, sondern vor allem, weil die Beschaffung zuverlässiger Angaben Kontrollen (z. B. Betriebskontrollen) erfordern können, die zweifellos eine Einschränkung der privaten Freiheit (z. B. Unternehmerfreiheit) mit sich bringen. Ohne solche Daten lassen sich manche Fragen nicht lösen, wie wir am Beispiel des Lohnproblems gesehen haben. (Vgl. III, 8.) Auch in dieser Hinsicht ist bisher nichts Zureichendes geschehen, wenn auch die Datenkenntnis seit der Währungsreform erhebliche Fortschritte gemacht hat. Für marktkonforme Maßnahmen reichen gewöhnlich globale Vorstellungen aus; je mehr man sich aber zu direkten Eingriffen gezwungen sieht, desto genauere Kenntnisse braucht man.

4. Wer die Demokratie ernst nimmt, sollte es auch mit der Volksaufklärung ernst meinen. Er sollte dem Mann auf der Straße die Wahrheit sagen. Er sollte

9) Auch eine solche Wirtschaftspolitik hat eine Abstimmung der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufeinander nötig. Es läßt sich daher nicht mit unserem bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs erklären, weshalb es bis heute nicht zu einer ausreichenden Koordination unserer vielen wirtschaftspolitischen Instanzen gekommen ist.

ihm vor allem deutlich machen, daß gewisse Freiheiten gewisse Sicherheiten ausschließen. Er sollte aber auch zugeben, daß andere Freiheiten erst mit der Sicherheit gegeben sind. Nur wenn man alle Schönfärbereien vermeidet, wenn man es unterläßt, unsoziale Maßnahmen als sozial und Freiheitsbeschränkungen als freiheitlich zu bezeichnen, darf man an die Disziplin des einzelnen appellieren.

Wer die Dinge sieht, wie sie sind, wundert sich nicht darüber, daß die spärlichen Versuche, durch Appelle an die Bevölkerung Einfluß auf ihr wirtschaftliches Verhalten zu gewinnen (wie etwa im Falle der Kohlenkrise), so wenig Erfolg gehabt haben. Mit solchen Versuchen kann nur eine Regierung sich durchsetzen, die ihre sozialen Ziele ganz ernst nimmt und deshalb bereit ist, gegen unsoziale Elemente wirklich vorzugehen. Man kann auch von einem loyalen und disziplinierten Staatsbürger nicht verlangen, daß er z. B. von Hamsterkäufen oder Preistreibereien absieht, wenn er feststellen muß, daß er auf die Dauer den kürzeren dabei zieht.<sup>10)</sup>

Es ist natürlich sehr viel bequemer, diesen Weg nicht zu beschreiten. Man sollte sich aber auch klar darüber sein, was das wahrscheinlich bedeuten würde. Was die junge Generation an den westdeutschen Verhältnissen so besonders abstößt, ist das Fehlen einer disziplinierten und überlegt geführten Zusammenarbeit im Geiste einer echten Gemeinschaft. Ein solcher Gemeinschaftsgeist ist nicht dadurch zu schaffen, daß man den Interessenpolitikern das Feld überläßt. Allerdings ist es schwer, einen anderen Weg zu gehen, nachdem jahrelang eine wirtschaftspolitische Ideologie geherrscht hat, die den Nutznießern der gegenwärtigen Lage die Überzeugung beigebracht hat, das Ausmaß ihrer Handlungsfreiheit und ihres Einkommens sei nichts anderes als ihr wohlverdientes Recht, und es ist verständlich, wenn auch nicht lobenswert, daß diejenigen, die jahrelang jene Ideologie vertreten haben, ihr Unrecht heute nicht eingestehen wollen. So besteht die Gefahr, daß weiterhin am alten Dogma festgehalten wird, daß die formale Konsum- und Unternehmerfreiheit oberstes Ziel bleibt und die breiten Massen aus ihrer materialen Freiheit, an den Lebensgütern teilzunehmen, die Opfer bringen müssen.

5. Was wir hier vertreten, ist nicht: direkte Wirtschaftslenkung oder Bewirtschaftung um ihrer selbst willen, sondern die Bereithaltung aller wirtschaftspolitischen Mittel, bzw. die Förderung ihrer Voraussetzungen (auch die Förderung der Voraussetzungen für die marktmechanische Lenkung, etwa die der Konkurrenz), damit es möglich ist, jede Situation zielgerecht zu meistern. Jede *dogmatische* Festlegung auf bestimmte Mittel entscheidet bereits über die Zielsetzung. Welche Ziele verfolgt werden sollen, darüber muß in einer Demokratie die Mehrheit entscheiden. Damit sie es kann, müssen ihr die Alternativen klargelegt werden, sowohl für die Zielsetzung als auch für die notwendig werdenden Opfer.

---

10) Im wirtschaftlichen Sektor sollte man mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen sparsam sein. Für wirtschaftliche Vergehen sind wirtschaftliche Strafen angemessen. Sie müssen nur drastisch genug sein, damit das Risiko abschreckt, illegale Gewinne machen zu wollen.